



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

χ. ρ.: Vom preußischen Landtage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

dann folgt in besonderer Abhandlung, wiewohl im engsten Anschluß und gleichsam als Besiegelung dieser grauenvollen Mißregierung eine eingehende Darstellung der furchtbaren Hungersnoth in Kleinasien, die achtzehn Monate lang, vom Winter 1873 bis Frühling 1875, das sonst so reiche Land in einer in der neueren Geschichte beispiellosen Weise heimsuchte. Unsere Leser werden uns gern die abschreckenden Details dieser Landplage ersparen, die der Verfasser mit jener stoischen Ruhe erzählt, wie Homer oder Virgil die Todesart jedes einzelnen Helden, der in der männermordenden Feldschlacht hinsinkt. Daß damals christliche Barmherzigkeit in allen Welttheilen das Größte gethan für die armen Hungerleider, räumt der Verfasser freudig ein. —

Vom preukfischen Landtage.

Berlin, 9. Dezember.

Die abgelaufene Woche bezeichnet einen bedeutsamen Wendepunkt für die gegenwärtige Session. Sie hat die Antwort gebracht auf die Frage, welche von der nationalliberalen Fraktion in der Debatte über den Eulenburgschen Urlaub am 26. Oktober aufgeworfen war. Die Differenz zwischen der Stellung dieser Fraktion zu der Reform der Verwaltungsorganisation und derjenigen der Regierung war damals klar bezeichnet worden; sie gipfelte in dem Umstande, daß die letztere die Reform der Kommunalverfassungen — Städte- und Landgemeindeordnung — nicht als integrirenden Bestandtheil des zur Zeit der Ausführung harrenden Reformplanes betrachtet wissen wollte, während die nationalliberale Fraktion gerade diese Aufgabe, uamentlich die Landgemeindeordnung, als eine unabweishbare Nothwendigkeit bezeichnete. Wir lassen dahingestellt, ob Herr Friedenthal wirklich nur ein Mißverständniß berichtigte, oder ob er seine Erklärungen vom 26. Oktober materiell modifizierte, wenn er sich am letzten Dienstag dahin äußerte, daß Städte- und Landgemeindeordnung nur nicht ein integrirender Theil des zunächst liegenden Pensums der Reformarbeit sein, daß sie erst in Angriff genommen werden sollen, wenn Kreis- und Provinzialordnung auf die ganze Monarchie ausgedehnt sein und durch ein Gesetz über die Behördenorganisation der staatliche Verwaltungsapparat ein festes Gefüge erhalten haben werde. Genug, es steht nunmehr fest, daß die Kommunalverfassungen von dem großen Reformwerke keineswegs ausgeschlossen bleiben sollen, und jene Differenz hat damit zum mindesten ihre prinzipielle

Schärfe verloren; es könnte sich fortan höchstens noch um einen Prioritätsstreit handeln.

Die nationalliberale Partei dürfte diese Wendung mit Genugthuung begrüßen. Sie hat durch die Friedenthalsche Erklärung in Bezug auf die Verwaltungsreform alles erlangt, was sie im gegenwärtigen Augenblicke billigerweise fordern konnte; sie hat es erlangt durch ihr besonnenes Verhalten. Hätte sie der Behauptung der fortschrittlichen Wortführer, daß die Reaktion bei Bismarck beschlossene Sache sei, Glauben geschenkt, wäre sie dem Vorkruse, an der „entschiedenen Opposition“ theilzunehmen, gefolgt, so wäre ein Konflikt entstanden, der sich in seiner weiteren Entwicklung gar nicht hätte absehen lassen. Statt dessen ist heute eine Basis für die fernere Arbeit an dem Reformwerke gegeben, deren befriedigender Charakter selbst von fortschrittlicher Seite, wenn auch widerwillig, anerkannt wird. Die heillose Leichtfertigkeit der Politik der Fortschrittfraktion hat niemals nackter dagestanden, als in diesem Augenblicke.

Trotz aller Genugthuung aber, die man über den von der Regierung gegenüber der Verwaltungsreform nunmehr endgültig eingenommenen Standpunkt empfand, vermochte doch nicht die rechte freundliche Zuversicht aufzukommen. Auch die besten Versprechungen einer Regierung können nur einen sehr relativen Werth beanspruchen, wenn ihre eigene Zukunft so sehr im Ungewissen liegt, wie dies heute bei uns der Fall ist. Die „Kanzlerkrise“ ist nicht gelöst, die „Fraktionen“, welche sie herbeigeführt, sind nicht aus der Welt geschafft, im Gegentheil, ihre unterirdischen Faktoren sind allem Anscheine nach neuerdings mit frischen Kräften am Werk. Daß es sich dabei nicht um rein persönliche Feindseligkeit, sondern um einen Kampf grundsätzlich verschiedener politischer Systeme handelt, kann Niemand mehr bestreiten. Noch weiß kein Mensch, was aus dieser Gährung schließlich hervorgehen wird. Die Entscheidung ist in den letzten Tagen durch die Ankündigung, daß der Reichskanzler unter Umständen nicht vor dem Frühjahr nach Berlin zurückkehren werde, sogar abermals in unbestimmte Ferne gerückt. Wen mag es Wunder nehmen, wenn unter dem Drucke solcher Unsicherheit das ganze politische Leben zu stagniren beginnt? Zum mindesten wird man grade den besonnenen politischen Parteien nicht verargen dürfen, wenn sie sich einer großen Reserve befleißigen. Erwägungen dieser Art haben der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses gegenüber den Friedenthalschen Erklärungen eine solche Zurückhaltung auferlegt. Immerhin aber ist es unter allen Umständen eine bedeutsame Errungenschaft, daß an die Stelle der Zerfahrenheit und Planlosigkeit, welche bisher in der Behandlung der Verwaltungsreform geherrscht, endlich ein festes Programm getreten ist.

Unter diesen Umständen begreift sich, daß der in die gegenwärtige Session hereinragende Rest dieser Planlosigkeit, die Novelle zur Städteordnung, unmöglich Sympathie finden konnte. Herr Friedenthal selbst betrachtete sie offenbar als todtgeborenes Kind und sorgte nur für eine anständige Bestattung. Etwas glimpflicher war das Schicksal des Kommunalsteuergesetzentwurfs; er wurde wenigstens einer eingehenden sachlichen Diskussion unterzogen. Zu einer ersprießlichen Regelung dieser Materie ist aber aus den öfter entwickelten Gründen der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet. Beide Vorlagen werden in den Kommissionen, an welche sie aus Höflichkeit verwiesen wurden, ihr kühles Grab finden. Die Steuerreformpläne, bezw. Untersuchungen über die beste Art der Besteuerung liegen übrigens dermaßen in der Luft, daß sie im Handumdrehen immer von Neuem in der Debatte erscheinen. So gaben in der verflossenen Woche die Stats der direkten und der indirekten Steuern Gelegenheit, das einen Tag zuvor über die Kommunalsteuervorlage Gesagte in den verschiedensten Variationen zu wiederholen. Praktischer Gewinn kann aus diesen zuweilen recht hitzigen Wortgefechten zur Zeit nicht erwartet werden.

Die Sensationsdebatte der Woche, an der es ja nun einmal nicht fehlen darf, verdankte das Land den fortschrittlichen Anträgen betreffs Ergänzung der Geschäftsordnung und betreffs des Welfenfonds. Im ersteren Punkte hat man der Fortschrittspartei den Willen gethan; Anträge auf Citirung der Minister sollen in Zukunft bei Besprechung von Interpellationen zulässig sein. Da sich wohl immer eine genügend besonnene Majorität finden wird, um einen Mißbrauch dieses Rechtes zu verhüten, so mag man es immerhin nicht bedauern, daß von der Sache weiter nicht viel Aufhebens gemacht wurde. Der Antrag betreffs des Welfenfonds konnte nach Lage des Gesetzes nur abgelehnt werden. Materiell ist über die unerquickliche Sache dem, was wir neulich bei Gelegenheit der entsprechenden fortschrittlichen Interpellation gesagt, nichts hinzuzufügen. Sonst verdient nur registriert zu werden, daß der Antragsteller, Herr Richter-Hagen, diesmal an Einseitigkeit der Darstellung, Leichtfertigkeit der Beschuldigung und Cynismus in der Schmähung anderer Parteien alle seine früheren Leistungen in Schatten gestellt hat.

x. e.